

Weimarer Rendez-Vous mit der Geschichte – Reisen in (Un)Bekanntes
Flucht und Vertreibung. Der geschichtspolitische Streit in Europa
Referenten: Prof. Dr. Krzysztof Ruchniewicz, Prof. Dr. Claudia Kraft, Alice Volkwein, Dr. Thomas Serrier
(Moderator)
Ort: 30.10. 2010, 11 Uhr, Musikschule „Ottmar Gerster“
Protokollanten: Anne Lohß, Florian Ostrowski, Robert Willecke

Protokoll

Die Diskussionsrunde zum Thema Flucht und Vertreibung wurde moderiert von Thomas Serrier (Universität Paris VIII), in Vertretung für Prof. Dr. Stefan Troebst. Zu Beginn stellte er die Referenten/-innen vor. Prof. Dr. Claudia Kraft (Universität Erfurt; Lehrstuhl Ostmitteleuropa) führte in der Debatte die deutsche und osteuropäische Perspektive zur Thematik aus. Prof. Dr. Krzysztof Ruchniewicz (Direktor des Willy-Brandt-Zentrums der Universität Wrocław) beschäftigt sich u.a. mit der pädagogischen Dimension. Die Darlegung der französischen Sicht oblag Alice Volkwein (Universität Paris III und Ludwig-Maximilians-Universität München).

Innerhalb Europas gäbe es unterschiedliche Ausprägungen, Perspektiven und Dimensionen hinsichtlich des Umgangs mit und der Erinnerung an Vertreibungen, so der Moderator. Ziel der Diskussion war es, die verschiedenen Gründe, Strukturen und Ausprägungen sowie die Einbettung in die europaweite Dimension zu untersuchen und zu diskutieren. Hierbei gäbe es einen nationenbezogenen Diskurs, Serrier brachte dabei den Ausdruck des belgischen Holocaust-Forschers Jean-Michel Chaumont der „Konkurrenz der Opfer“ ins Gespräch. Die Aktualität in Deutschland zeige sich u.a. auch in zwei derzeitigen Ausstellungen („Erzwungene Wege“ und „Flucht, Vertreibung, Integration“) zum Thema. Die Methode des Podiums bestand in der multiperspektivischen Erschließung der verschiedenen nationalen Positionen, vertreten durch die Referenten, um zu zeigen, dass Flucht und Vertreibung kein homogenes Thema sind.

Einleitend wurde Bezug genommen auf einen Artikel im Spiegel zum „Bund der Vertriebenen“ (BDV) und Erika Steinbach. Der Artikel wurde daraufhin kritisch betrachtet, da sich die Perspektive nur auf die deutsche Sichtweise beschränkte, wobei die osteuropäische Sicht nicht beachtet wurde. Daran zeige sich der nationenbezogene Diskurs.

Thomas Serrier stellte daraufhin die erste Frage, ob Vertreibung in Deutschland nur auf nationalstaatlicher Ebene diskutiert würde oder ob es als europaweites Phänomen wahrgenommen wird. Frau Kraft verwies auf sogenannte „nationalstaatliche Engführungen“ und bestätigte die Beschränkung auf die nationale Ebene. Weiter führte sie aus, dass der 2. Weltkrieg, als Ursache für die meisten heute diskutierten Vertreibungen, eine europaweite Tragweite habe und deswegen eigentlich transnational diskutiert werden müsse. Dies würde aber eben nicht erfolgen, Frau Kraft sprach von einer „Nabelschau“ in Deutschland. Dieser Meinung schloss sich Krzysztof Ruchniewicz an, wobei er anmerkte, dass es den Deutschen schwerfalle, das Thema zu

europäisieren. Dieser Fokus könne auch mit der Unkenntnis über ähnliche Geschehnisse in anderen Ländern begründet werden. Er führte das Beispiel der polnischen Publikation „Atlas der Vertreibung“ an, die sich mit verschiedenen Vertriebenen (Polen, Ukrainern, Juden, Deutschen) während des 2. Weltkrieges beschäftigt. Einige Deutsche hätten gefragt, warum andere Vertriebenengruppen überhaupt behandelt würden. Dies zeige, dass sich in Deutschland vorrangig an die eigene Geschichte erinnert werde, so Ruchniewicz. Die Auseinandersetzung mit der Thematik würde allerdings schon teilweise europäisiert, auch wenn es sich dabei um eine schwierige, emotionsgeladene und komplexe Debatte handle, die erst an ihrem Anfang stehe.

Der Moderator sprach den Versuch an, die Debatte auf der politischen Ebene zu europäisieren, als der Europarat 2004/5 eine Empfehlung für ein „Netzwerk gegen Vertreibung“ des Bundes der Vertriebenen gab. Dies wurde von der französischen Delegation abgelehnt. Alice Volkwein zeigte auf, dass die deutsche und osteuropäische Dimension in Frankreich wenig rezipiert wird und Unkenntnis darüber herrscht. Die Ablehnung von französischer Seite begründete sie damit, dass die Empfehlung des Europarates eine Gleichsetzung der Holocaust-Opfer mit Opfern der Zwangsmigration zur Folge gehabt hätte, da die gleichen Begrifflichkeiten benutzt worden wären (z.B. Deportation). Darüber hinaus wurde befürchtet, dass der Erinnerungsort der französischen Widerstandskämpfer von den Holocaust-Opfern verdrängt werden würde, worin sich wieder die Bedeutung nationaler Empfindungen spiegele. Der Moderator kommentierte dies mit dem „Zusammenprallen verschiedener europäischer Erinnerungen“.

Die nächste Frage zielte auf die Strukturierung und Langlebigkeit der Debatte in Ost- und Westdeutschland und die Gründe dafür ab. Frau Kraft merkte dazu an, dass Erinnerung nicht authentisch aus dem Individuum entstehe, sondern v.a. im sozialen, rechtlichen und gesellschaftlichen Rahmen konstituiert werde. In der Bundesrepublik gebe es soziale Institutionen, welche die Erinnerung wachhalten (z.B. BDV). Auch rechtlich existiere ein Rahmen für die Erinnerungskultur (§ 96 des Bundesvertriebenengesetzes). In der DDR dagegen hätte es keinen solchen rechtlichen Rahmen gegeben. Dort hätte man versucht, die Erinnerung an die Vertreibung zu verdrängen und sprach stattdessen von „Umsiedlung“. Hieran zeige sich die Unterschiedlichkeit der Erinnerungsstrukturen. Bis heute erfahre Frau Kraft unterschiedliche Reaktionen auf Berichte von Vertriebenen in den alten und neuen Bundesländern. Nicht nur die unmittelbare Erinnerungsebene sei demnach wichtig, sondern auch die Untersuchung der Tradierungsgeschichte. Frau Kraft verwies auf den Umgang mit der Erinnerung in Polen, was Herr Ruchniewicz weiter ausführte. Er teilte die polnische Erinnerungsgeschichte in zwei Epochen ein: vor und nach 1989. Nach dem Ende des 2. Weltkrieges hätte die polnische Regierung versucht, die Bevölkerung davon überzeugen, dass die neu gewonnenen Gebiete rechtmäßig erworben wurden und Polen historisch zustehen würden. Der Themenkomplex Flucht und Vertreibung wurde von staatlicher Seite

tabuisiert, die Erinnerung fand daher auf familiärer Ebene statt (z.B. Vertreibung im Zuge des Hitler-Stalin-Pakts). In einem Brief polnischer Bischöfe an ihre deutschen Kollegen 1965, baten diese um Vergebung hinsichtlich der Vertreibung der Deutschen und verziehen ihrerseits Deutschland. Dieser Brief stieß auf Missverständnis und Ablehnung in Polen. In der zweiten Periode nach 1989 wurden Vertreibungen von Polen sowie Deutschen thematisiert, es sei sogar zu einem „Modethema“ geworden, so Ruchniewicz. Diese polnische Debatte würde in Deutschland kaum rezipiert werden, daraus resultiere die Haltung, dass Vertreibungen in Polen nach wie vor ein Tabuthema seien (z.B. Appell von Erika Steinbach 1998), obwohl die Thematik mit vielen Publikationen und öffentlichen Diskussionen abgeschlossen sei.

Moderator Serrier kam daraufhin auf die französischen Vertreibungserfahrungen zu sprechen (z.B. die der „Pieds-Noirs“ genannten Algerier-Franzosen). Er fragte, ob sich aus diesem Kontext eine Brücke für die Europäisierung der Debatte schlagen ließe. Frau Volkwein wandte zu dem vorherigen Punkt noch ein, dass es aus französischer Sicht auch nach 1989 eine Polarisierung und Polemisierung der Debatte zwischen Deutschland und Polen gäbe. Bezüglich der französischen Erfahrungen sprach sie von Integrationsproblemen der vertriebenen Pieds-Noirs, da sie nach wie vor das Image der „Kolonialherren“ hätten. Die Aufarbeitung dieser Problematik wurde bis in die 1990er verdrängt. Dies hänge damit zusammen, dass sich die erste Generation nach einem Ereignis oft erst mal in Schweigen hülle und erst die zeitliche Distanz einer zweiten oder dritten Generation es ermögliche, solche Erfahrungen aufzuarbeiten. Im Gegensatz zu Frankreich seien die Vertriebenen in Deutschland gut organisiert (z.B. BDV). Die Pieds-Noirs könnten auf eine solche Institution nicht zurückgreifen, wiewohl eine solche essentiell für eine politische Debatte wäre. Die Vielfältigkeit der Vertriebenen, z.B. aus Algerien (algerische Soldaten und Beamte, französische Kolonisten und Soldaten etc.), sei dabei ein erschwerender Faktor bei der Aufarbeitung.

Die Problematik von „Europäisierung“ als neuem „Zauberwort“, das in jeder Debatte unterschiedlich verstanden wird, wurde von Thomas Serrier als neuer Fragepunkt angesprochen. Frau Kraft plädierte dafür, Vertreibung im Dialog zu behandeln, wandte dabei aber ein, dass dies nicht so einfach wäre. Sie gab zu bedenken, dass ein Konzept, wie es beispielsweise die Ausstellung der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ hat, für eine Relativierung sorgen könnte, da dort eine Vielzahl von Vertreibungen des „langen 20. Jahrhunderts“ (z.B. Armenier) thematisiert werden. Somit könnten die einzelnen Vertreibungen nicht mehr hinreichend in ihrer Komplexität erfasst und zu einer von vielen Grausamkeiten des 20. Jahrhunderts werden. Diesen Ansatz lehnte Frau Kraft als „fatal“ ab. Für eine Aufarbeitung im Dialog sei es nötig, über Kenntnisse der Ereignisse und Diskurse in den jeweiligen Ländern zu verfügen und sich einer neuen Sensibilität zu bedienen. Sie sprach von einem „offenen Einlassen“, wobei gemeinsame Forschungsprojekte, die es schon ausreichend gäbe, nicht genügen würden. Herr Ruchniewicz merkte zu dem Punkt an, dass die

Vertreibung der Deutschen nicht als etwas scheinbar Besonderes vor ähnlichen Ereignissen in Osteuropa stehen dürfe. Stattdessen sprach auch er sich dafür aus, die europäische Dimension zu beachten, sich für die Erfahrungen und Erinnerungen der Vertreibungen in anderen Ländern zu sensibilisieren und eine europäische Erinnerungskultur zu schaffen. Abschließend stellte er in Aussicht, wenn die Auseinandersetzung tatsächlich europaweit geführt werden solle und sich nicht auf einen deutschen „master narrative“ beschränke, würden sich osteuropäische Wissenschaftler gern beteiligen, was bis dato nicht immer geschehe.

Die Diskussionsrunde war damit beendet und die Referenten standen für Fragen zur Verfügung. Ein älterer Herr aus dem Publikum, selbst ein Vertriebener, berichtete von seinen eigenen Erfahrungen in Polen. Frau Kraft und Herr Ruchniewicz hoben daraufhin noch einmal die Notwendigkeit der Sensibilität für die Erinnerung anderer Vertriebener hervor. Daraufhin meldete sich eine ebenfalls vertriebene Frau zu Wort und berichtete von ihrem Besuch in ihrem früherem polnischen Heimatort und äußerte sich erfreut darüber, dass die heute dort lebenden Personen ihre „Heimat“ so schön aufgebaut und gestaltet hätten. Frau Kraft wandte dazu ein, man solle keinen Anspruch mehr auf die ehemalige Heimat erheben, sondern die heutigen Möglichkeiten der Reisefreiheit nutzen, um seiner einstigen Heimat nahe sein zu können. Zum Schluss fragte ein Lehrer, wie er das Thema Flucht und Vertreibung am besten in der Schule vermitteln könne. Frau Kraft betonte die Schwierigkeit des Themas und lobte die Arbeit der Lehrenden in den Schulen, die in wenig Zeit diesen Themenkomplex vermitteln müssten und schlug vor, sich nicht aller Vertreibungen anzunehmen, sondern sich auf einige zu konzentrieren (z.B. nur Vertreibungen aus Danzig) und dafür den speziellen Kontext umfassend zu behandeln.